

Soziale Marktwirtschaft – Ethik der Verantwortung

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik unter der Leitung von Dr. Joachim Pfeiffer MdB, vorgelegt von Dr. Michael Fuchs MdB und StS a.D. Rüdiger Möller:

»Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko meines Lebens selber tragen, ich will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich hierzu in der Lage bin.« (Ludwig Erhard)

1. Die Soziale Marktwirtschaft als Leitlinie

Unsere gesellschafts- und wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale Marktwirtschaft im Erhardschen Sinne. Für uns steht der Mensch im Vordergrund. Der Mensch muss frei sein, damit er Verantwortung für sich selbst übernehmen kann. Doch ohne Gemeinsinn kann keine Gesellschaft auf Dauer überleben. In der Natur des Menschen liegt es, frei sein zu wollen, um sich bewähren zu können, und sich zugleich in einer Gemeinschaft aufgehoben zu wissen und sich auch für sie einzusetzen. Dies ist auch Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft.

Regelt in einer Gesellschaft der Staat immer mehr über kollektive Umverteilung, wird private Initiative erstickt. Der Gemeinsinn verkümmert. Daher hat der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft ordnungspolitische Aufgaben zu erfüllen und den Rahmen für freiheitliches Unternehmertum und private Initiativen zu setzen.

2. Markt und Wettbewerb im Interesse der Allgemeinheit

Eingebettet in einen demokratischen Rechtsstaat ist die Soziale Marktwirtschaft die Gesellschaftsordnung, die dem christlichen Menschenbild entspricht.

In der "Sozialen Marktwirtschaft" Ludwig Erhards wirkt der freie Wettbewerb einerseits als Motor für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, ermöglicht andererseits dessen Weitergabe an die Verbraucher und sorgt so für sozialen Ausgleich. Die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft sind aktueller denn je. Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich das Modell bewährt. Die ausdifferenzierte Arbeitsteilung und Spezialisierung sowie der damit verbundene technische Fortschritt haben enorme wirtschaftliche Entwicklungen ermöglicht. Sie sind die entscheidende Grundlage unseres Wohlstands. Dazu bedarf es des freien, vom Staat entschieden gegen Machtkonzentrationen geschützten Wettbewerbs. Denn getreu dem Motto: „Das Bessere ist der Feind des Guten“ besteht in einer Wettbewerbsordnung der ständige Druck, besser als die Konkurrenten die Anforderungen und Wünsche der Kunden zu erfüllen. Dadurch erst gelingt es, Innovation im Interesse der Allgemeinheit hervorzubringen.

Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft sind nicht nur Wettbewerbsregeln. Vielmehr besteht ihr Kern aus einer Ethik der Verantwortung. Gerade die Stärkung des Sozialen im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ist vor dem Hintergrund der Globalisierung dringend geboten. Das hat uns die Finanzmarktkrise eindringlich vor Augen geführt. Die Staatsschuldenkrise macht mehr denn je deutlich, dass die freie Entfaltung des Individuums mit gesellschaftspolitischer Verantwortung jedes Einzelnen verbunden werden muss. Eigentum und Haftung gehören zusammen. Wir brauchen im Mittelstand und in Konzernen den „ehrbaren Kaufmann“ als Leitbild unternehmerischen Handelns; wir brauchen wieder Bankiers statt Banker, langfristig orientierte Unternehmerpersönlichkeiten statt kurzfristig getriebener Manager, Unternehmensführung mit Perspektiven statt mit Blick allein auf die nächsten Quartalsberichte. Wir brauchen Politiker und Politikerinnen, die Verantwortung für Nachhaltigkeit, Bevölkerung und Staat übernehmen und nicht nur auf das nächste Wahlergebnis taktieren.

Wir verlangen eine Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, die so weit wie möglich auf Interventionen und Subventionen verzichtet, aber verbindliche Ordnungsregeln und ein strenges Haftungsrecht setzt. Jeder, der in einer freien Wirtschaft tätig ist, muss wissen, dass er zwar selbst entscheiden kann, dass er aber für seine Entscheidungen die Verantwortung trägt und Schaden, den er anderen zufügt, ersetzen muss. Der Staat muss Prioritäten im Sinne der Gemeinschaft setzen. Hierzu zählt, dass er Überreglementierung vermeidet und entstandene Bürokratie konsequent abbaut.

3. Fördern UND Fordern

Ludwig Erhard verstand „Wohlstand für alle“ nicht als Ausschüttung eines Füllhorns staatlicher Wohltaten zum Nulltarif. Gemeint war ein Wohlstand, der durch Leistung erwirtschaftet wird. Im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ist aufgrund des Subsidiaritätsprinzips jeder Einzelne für die Erwirtschaftung seines Lebensunterhalts zunächst selbst- bzw. erst-verantwortlich. Das heißt aber auch, dass für den Einzelnen Raum bleiben muss, private Vorsorge zu treffen und Vermögen zu bilden. Das impliziert auch ein faires und transparentes Steuer- und Abgabensystem, in dem der Einzelne nach Abzug seiner Abgaben noch Handlungsspielraum besitzt.

Ist der Einzelne nicht zur Erwirtschaftung des notwendigen Einkommens in der Lage, kommt die Solidarität der Gemeinschaft zum Tragen. Diese ist für die Sicherstellung des menschenwürdigen Existenzminimums verantwortlich. Ehrenamtliches Engagement ist dabei ausdrücklich zu begrüßen. Denn Ehrenamt ist gelebte Solidarität, die Bereitschaft zur Verantwortung für seine Mitmenschen, ohne diese an den Staat zu delegieren.

Bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik muss für uns strikt zwischen am Leistungsprinzip orientierten und beitragsfinanzierten Versicherungsleistungen einerseits und am Bedürftigkeitsprinzip ausgerichteten und daher steuerfinanzierten Sozialleistungen andererseits unterscheiden werden. Leistung muss sich lohnen.

4. Mehr Freiheit – auch auf dem Arbeitsmarkt

Sozial ist zu allererst, was langfristig wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schafft und volkswirtschaftlichen Nutzen bringt. Wer die Freiheit des Marktes beschneidet, mindert die Fähigkeit des Gemeinwesens, sozial sein zu können. Wir brauchen Arbeitsplätze, damit unsere leistungsbereite Jugend hinreichende Berufsperspektiven in Deutschland findet, um notwendige soziale Leistungen finanzieren zu können und, um die Lasten von morgen – Rente, Pflege, Gesundheit – dauerhaft finanzieren zu können.

Die Umsetzung der notwendigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft ist eine dauerhafte und gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie erfordert immer wieder die Besinnung auf die bestmöglichen Rahmenbedingungen. So muss der Arbeitsmarkt wieder als Markt und nicht als Objekt sozialpolitischer Betätigung angesehen werden, gerade in Zeiten demografiebedingt notwendiger Fachkräftesicherung. Jeder wird am Arbeitsmarkt gebraucht.

Angesichts dessen müssen die Leistungsträger unserer Gesellschaft – auch und gerade im Mittelstand – wieder stärker in den Fokus gestellt werden. Wir müssen uns dabei von der Überzeugung leiten lassen, dass nicht der Staat, sondern Unternehmer und Unternehmerinnen, Verbraucher und Verbraucherinnen sowie Bürger und Bürgerinnen grundsätzlich selbst am besten beurteilen können, welche Investitionen rentabel sind, was und wann sie konsumieren wollen oder welche Zukunftsvorsorge sie betreiben möchten. Für die Folgen ihrer Entscheidungen sind sie dann zunächst selbst verantwortlich. Daher muss die Politik zur Eigeninitiative anregen und damit zu mehr Selbstvertrauen beitragen. Vor allen Dingen muss es darum gehen Leistungsmotivation zu erhöhen, damit die Menschen feststellen, dass sich eigenes Bemühen um Arbeit und Vorsorge lohnt. Wir sollten Abstand vom rückwärtsgewandten Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit nehmen und auf eine vorwärts gerichtete Chancengerechtigkeit setzen.

5. Die Chancen der Globalisierung nutzen

Das Ende des Kalten Krieges, die europäische Integration zum größten Binnenmarkt der Welt, die rasante Entwicklung der Schwellenländer und des Welthandels eröffneten unserer Volkswirtschaft neue Chancen und Herausforderungen. Die mit der Globalisierung verbundene Arbeitsteilung mit steigender Produktivität fördert den Wohlstand und verbindet die Völker durch Handel und gegenseitigen Austausch. Gerade wir als exportorientierte Volkswirtschaft profitieren von der Globalisierung, denn auch unsere Absatzmärkte vergrößern sich, die Produktivität und Innovationskraft steigen weltweit. Gleichzeitig nimmt aber auch der Konkurrenzdruck zu.

Auch deshalb muss der Staat geeignete Rahmenbedingungen setzen, damit Unternehmen auf globale Herausforderungen flexibel reagieren können. Wir müssen akzeptieren, dass sich der Wettbewerb in dem Maße verschärft, wie die Entwicklungs- und Schwellenländer fähig werden, auf den internationalen Märkten als starke Wettbewerber aufzutreten. Ihre wachsende Kaufkraft macht sie zukünftig aber auch zu Nachfragern unserer

Waren und Dienstleistungen. So lassen sich für alle Wohlstandsgewinne realisieren. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bleiben dabei Richtschnur für eine globale Ordnung.

Die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen auch Leitplanken der Europäischen Union sein. Subsidiarität, Selbstverantwortung und fairer Leistungswettbewerb müssen Richtschnur der Europapolitik sein. Vor allem bedeutet dies, dass die Anreize für stabiles und erfolgreiches Haushalten und Wirtschaften nicht gefährdet werden dürfen – die Tüchtigen und Erfolgreichen dürfen nicht bestraft werden. Deshalb muss Europäische Solidarität stets Hilfe zur Selbsthilfe sein. Angesichts der prekären Haushaltslage in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist für uns die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unverzichtbar. Eine Transferunion lehnen wir ab.

6. Wettbewerbsfähige Energieversorgung und -preise als genuines Anliegen in der Sozialen Marktwirtschaft

Wohlstand und Beschäftigung sind in Deutschland in weitaus stärkerem Maße als in den meisten vergleichbaren Ländern von einer prosperierenden, breit aufgestellten Industrie und gewerblichen Wirtschaft abhängig. Das ist gleichzeitig eine unserer Stärken. Wir bekennen uns deshalb zum Industriestandort Deutschland und zur Akzeptanz zukunftsweisender Technologien. Deutschland ist Marktführer in Sachen Ressourcen- und Energieeffizienz, im Klimaschutz und in der Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Wir gestalten Energie- und Umweltpolitik so, dass sie die Innovationskraft unserer Wirtschaft stärkt und somit den Industriestandort Deutschland erhält und zukunftsfähig macht. Wir müssen dafür sorgen, dass in Deutschland produzierende Unternehmen faire Bedingungen im europäischen und auch globalen Wettbewerb vorfinden („*level playing field*“).

Energiepolitik muss außerdem mindestens europäisch gedacht werden, weil die Energieversorgung über nationale Grenzen hinweg durch Faktoren wie den Klimawandel und die Ressourcenkonkurrenz beeinflusst ist. Deshalb sind die Vollendung des Binnenmarktes für Energie sowie die Formulierung und Umsetzung einer europäischen Energieaußenpolitik aus einem Guss unerlässlich. Die Energiewirtschaft braucht europaweit einheitliche Rahmenbedingungen. Dies gilt für die Förderung der Erneuerbaren wie für den Emissionshandel. Auch darf die Entwicklung der Energieinfrastruktur nicht an nationalen Grenzen Halt machen.

Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft war das harmonische Miteinander von Mensch und Natur, von Industrie und menschenwürdiger Gestaltung der Umwelt. In diesem Sinne stehen wir zu den international vereinbarten Klimazielen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Wichtig ist jedoch, dass ein globales Klimaregime entwickelt wird, welches vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schafft, eine faire Lastenverteilung garantiert sowie Produktionsverlagerungen in Länder ohne Klimaschutz verhindert. Dies kann nur unter dem Dach der Vereinten Nationen gelingen und muss auf allen Ebenen multilateral verhandelt werden.

Kernelement einer nachhaltigen Energiepolitik ist die Schaffung einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung. Ein funktionierender Energiemarkt mit fairen Wettbewerbsbedingungen setzt eine Vielzahl von Anbietern, Bezugsquellen und Energieträgern voraus. Momentan nimmt gerade im Energiebereich die Regulierungstiefe durch den Staat wieder verstärkt zu. So sind heute beispielsweise schon rund 46 Prozent des Strompreises durch staatliche Steuern und Abgaben verursacht. Auch im Energiebereich benötigen wird daher eine Besinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Nur so bleiben die Strompreise für die Menschen und die Wirtschaft unseres Landes langfristig bezahlbar. Die derzeitigen Eingriffe in die Marktmechanismen dürfen die stromintensiven Industrien nicht zur Abwanderung zwingen. In diesem Sinne sind Ausgleichsmechanismen notwendig.

Die Energiepolitik muss die Weichen in Richtung einer CO₂-freien und ressourcenschonenden Energieversorgung stellen. In einem dynamischen Energiemix müssen die konventionellen Energieträger schrittweise durch alternative Energien ersetzt. Dabei sind die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die technische Umsetzbarkeit, die Versorgungssicherheit sowie auch die Bezahlbarkeit für Verbraucher und Unternehmen im Auge zu behalten und zu optimieren.

7. Generationengerechte Politik

Eine gute Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeichnet sich dadurch aus, dass sie teilhabegerecht, ressourceneffizient, nachhaltig und generationengerecht ist.

Gerade in Krisenzeiten wächst das Bedürfnis nach Sicherheit. Aus Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder vor der beruflichen Zukunft ist die Flucht in die Arme des Staates verführerisch. Dabei neigen wir dazu, die Möglichkeiten des Staates zum allumfassenden Schutz vor den Wagnissen des Lebens zu überschätzen und die Selbstheilungskräfte des Marktes zu unterschätzen.

Ein neuer Generationenvertrag ist daher nötig, in dessen Mittelpunkt der Interessenausgleich zwischen den Generationen steht. Dabei geht es um den Abbau der Staatsverschuldung, eine demografiefeste Reform der Sozialversicherungssysteme sowie um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Für uns lautet der ethische Grundsatz der Nachhaltigkeit: Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Dagegen verstößt, wer eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Pump macht und künftigen Generationen steigende Staatsschulden hinterlässt. Das gleiche gilt, wenn Investitionen für die wirtschaftliche Zukunft vernachlässigt werden und stattdessen schneller und kurzfristiger Konsum in den Vordergrund rückt.

Wir brauchen eine Besinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft im Erhard'schen Sinne. Damit die Soziale Marktwirtschaft ihre Erfolge ausbauen kann, muss die Aufgabenteilung von Markt und Staat verbessert werden. Der Staat setzt die Regeln. Er übernimmt die Rolle des Schiedsrichters, um die Einhaltung der Regeln zu überwachen. Seine Aufgabe sollte aber nicht sein, mitzuspielen.